

# Nationales Unglück

**Kohls Kandidat Steffen Heitmann hat keine Mehrheit. Die FDP verweigert sich.**

Schon öfter gerieten die Liberalen bei der Wahl für das höchste Amt im Staate in Schwierigkeiten. Und immer waren es Entscheidungen von einiger Tragweite.

Als 1925 die nationale Rechte den Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg für das Amt des Reichspräsidenten präsentierte, wollte Außenminister Gustav Stresemann, zugleich Vorsitzender der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP), den alten Herrn – Hindenburg war damals schon 77 – zunächst nicht unterstützen. Aus dem Ausland hatten ihm seine Botschafter berichtet, die Idee habe einen „katastrophalen“ Eindruck hinterlassen.

Die DVP entschied sich am Ende doch für Hindenburg. Sie wählte einen Mann, der sich den Gegnern der Weimarer Demokratie verbunden fühlte.

Als 1969 die Sozialdemokraten ihren Kandidaten Gustav Heinemann für die Villa Hammerschmidt benannten, setzte sich der FDP-Vorsitzende Walter Scheel, gegen massiven Widerstand aus den eigenen Reihen, für ihn ein. Die Wahl wurde als ein „Stück Machtwechsel“ (Heinemann) verstanden. Ein halbes Jahr später kam es zur sozial-liberalen Koalition – Ende einer 20jährigen Herrschaft der Union.

Am 23. Mai 1994 steht dem FDP-Vorsitzenden Klaus Kinkel eine ähnliche Kraftprobe bevor: Werden die Freidemokraten gemeinsam mit rechtsradikalen Republikanern und der DVU den Kandidaten der Union, Steffen Heitmann, zum Bundespräsidenten wählen? Oder statt dessen, wie 1969, einen Sozialdemokraten, als Signal für das Ende einer Ära?

Kanzler Helmut Kohl hat mit der Heitmann-Entscheidung den Koalitionspartner überfahren und sich selbst in eine ziemlich verfahrenere Lage gebracht. „Der Kanzler“, stellt Kinkel besorgt fest, „geht ein ungeheuer großes Risiko ein.“

Am vorletzten Wochenende preßte er den CDU-Vorstand zum einstimmigen Votum für Heitmann. Allein Rita Süßmuth gab zaghaft zu Protokoll: „Die kontroverse Diskussion bei der Frauunion geht weiter.“ Aber der

Kür des Sachsen widersprach auch sie nicht, ebensowenig wie Arbeitsminister Norbert Blüm und Umweltminister Klaus Töpfer, die im Präsidium noch ernsthafte Bedenken angemeldet hatten.

Generalsekretär Peter Hintze pries das Ergebnis als „überzeugendes Personalangebot“ und wertete den öffentlichen Heitmann-Verriß des CDU-Abgeordneten Friedbert Pflüger als „Einzelstimme“.

Doch Pflüger hat mit seiner Kritik an Heitmanns fatalen Sprüchen über die deutsche Vergangenheit und die Rolle der Frauen im Berufsleben offenbar nur ausgesprochen, was etliche Unionsabgeordnete denken. Der Rechtsausschuß-Vorsitzende Horst Eylmann machte es am vorigen Freitag deutlich: Der Unmut in seiner Fraktion sei „ein Faktum, das sich nicht leugnen läßt“.

Der Anwärter auf das höchste Amt im Staate muß nun im Lande tingeln, er muß sich anpreisen, er sucht nach Rechtfertigungen für seine obskuren Einlassungen zur Frauenfrage und zum Holocaust. Eine Art Bewährungshelferin, die ehemalige CDU-Sprecherin Claudia Conrad, soll von nun an Anstößiges verhindern.

Was Heitmann über die „Enttabuisierung“ der Vergangenheit sagte, gefiel dem Republikaner-Chef Franz Schönhuber gut. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, findet, so werde latenter Antisemitismus „wieder salonfähiger“ gemacht.

Für den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heiner

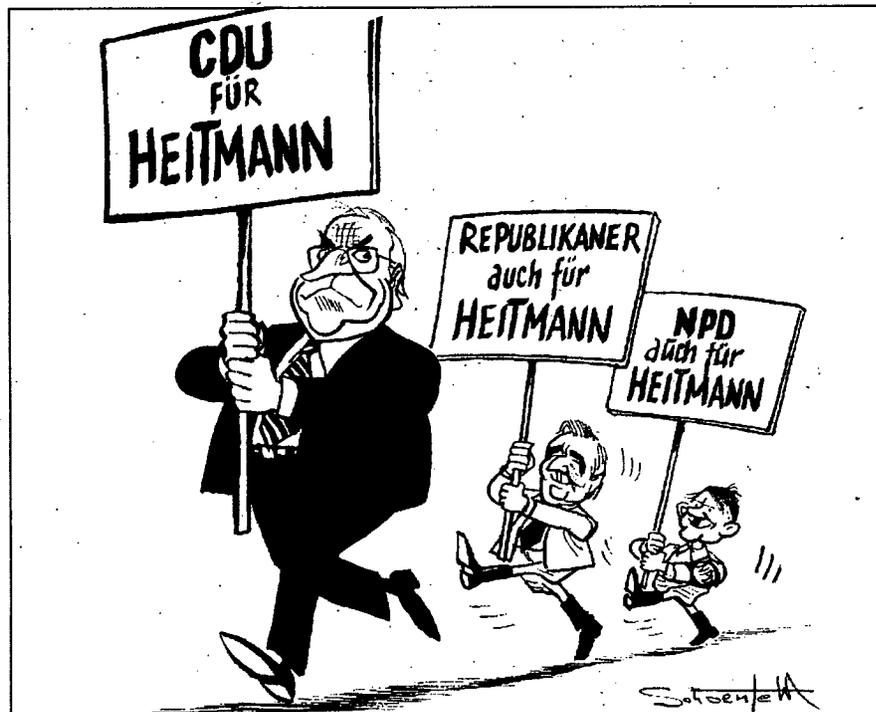
Geißler ist die Vorstellung, daß im Mai in einer Kampfabstimmung in der Bundesversammlung – im dritten Wahlgang genügt die relative Mehrheit – womöglich ein paar Rechtsradikale den Ausschlag geben, „ein nationales und internationales Unglück“.

Heitmann schlug bislang gutgemeinte Ratschläge zu mehr Zurückhaltung aus. Bubis gegenüber offenbarte er: „Es wäre unredlich von mir, wenn ich meine Gefühle leugnen würde.“ Bubis folgert daraus: „Wenn er sich jetzt anders äußert, ist er nach eigener Aussage unredlich.“

In dieser Woche bekommt der sächsische Justizminister Konkurrenz. Auf dem kleinen Parteitag der FDP in Magdeburg soll Hildegard Hamm-Brücher, die sich 1990 aus dem Bundestag zurückzog, nach dem Wunsch Kinkels, trotz aller Bedenken ihrer parteiinternen Gegner, als Gegenkandidatin ausgerufen werden. Sie ist dazu bereit. Mit der Wahl Heitmanns, fürchtet sie, „rückt die Republik zu weit nach rechts“.

Die große alte Dame der Liberalen, 72, ist eine Kandidatin zur Verhinderung eines Bundespräsidenten Heitmann. Falls es im Mai zu einem dritten Wahlgang kommt, wird sie ihre Bewerbung zurückziehen. „Sonst verhelpen wir Heitmann zur Mehrheit“, sagt FDP-Generalsekretär Werner Hoyer. Sein Ziel: „Geschlossenes Wahlverhalten, ein Ja für Rau.“

Auch Bürgerrechtler Jens Reich, der Bundespräsidentenkandidat einer Gruppe von Intellektuellen und der Grünen, wird einen Verzicht zugunsten



Dubiose Verbündete

des SPD-Vize Johannes Rau „mit meinem Kreis mal bereden“. Reich weiß schon jetzt: „Ich muß nicht unbedingt bis zum letzten Wahlgang durchhalten.“

Bei diesen Aussichten aber wird in allen Parteien, auch in der Union, eine andere Lösung des Problems für wahrscheinlich gehalten: Der Kanzler drängt seinen Kandidaten Heitmann, rechtzeitig zu verzichten – und sucht einen neuen Kandidaten. □

Pflege

# Klug wie die Schlangen

**Arbeitsminister Blüm will das Pflegegesetz retten – notfalls sollen Unionsländer im Bundesrat dagegen stimmen.**

**D**reimal hat der Bundestag der Lohnkürzung an Feiertagen mit Mehrheit zugestimmt – dreimal feierte Norbert Blüm den parlamentarischen Sieg als soziale Wohltat: Die Pflegeversicherung, mit Gehaltskürzungen bezahlt, rücke näher.

Nach der siegreich bestandenen Dritten Lesung Anfang Oktober hat Blüm plötzlich ein anderes Problem: Soll die Pflegeversicherung doch noch in dieser Legislaturperiode Wirklichkeit werden, muß er bis Freitag den SPD-geführten Ländern im Bundesrat zu einer Mehrheit gegen sein eigenes Gesetz verhelfen: Er muß verhindern, daß die Lohnkürzung ins Gesetzblatt kommt.

Der Bonner Arbeitsminister hat Mitstreiter im paradoxen Kampf. Bayerns Sozialminister Gebhard Glück bekennet: „Mein Ziel ist, sicherzustellen, daß im Bundesrat 35 Stimmen gegen das Entgelt-Fortzahlungsgesetz zusammenkommen.“ Das ist die einfache

Mehrheit in der Länderkammer. Die Burleske ist eine Folge des von taktischen Winkelzügen geprägten Gesetzgebungsverfahrens.

Die Bonner Koalition hat die „Jahrhundertreform“ (Blüm) in zwei Gesetze aufgespalten. Das erste, das Entgelt-Fortzahlungsgesetz mit seinem Schnitt in die Feiertagsbezahlung, regelt die Kompensation für den Beitrag der Arbeitgeber. Das zweite, das Pflegeversicherungsgesetz, bestimmt den Umfang der Pflegeleistungen und den Beitrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (siehe Grafik).

Aus der Sicht der Koalition macht das Sinn. Die Lohnkürzung, von der SPD vehement bekämpft, kann die Regierung allein mit ihrer Mehrheit im Bundestag durchsetzen. Spricht sich die Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat dagegen aus, kann der Bundestag den Einspruch mit einfacher Mehrheit überstimmen, das Gesetz könnte in Kraft treten.

Anders ist es beim zustimmungspflichtigen Pflegegesetz. Blockiert eine Ländermehrheit die Regierungspläne, sind sie gescheitert.

Die List der Zweiteilung sollte eigentlich die Sozialdemokraten in die Klemme bringen. Blüms Kalkül: Die Genossen könnten das Pflegegesetz, das sie ja wollen, nicht ablehnen, nur weil sie gegen das Finanzgesetz sind. Deswegen wollte Blüm der SPD Verhandlungen über einen gemeinsamen Gesetzes-Kompromiß anbieten.

Diesen Trick durchschaute die FDP. Sie verhinderte Gespräche mit der SPD. Der Wirtschaftspartei ist es ganz recht, wenn die Pflegeversicherung doch noch scheitert.

Doch Blüm (Motto: „Seid klug wie die Schlangen“) steckt nicht auf. Als erstes muß er nun den Sozialdemokraten helfen, im Bundesrat eine Mehrheit für die Anrufung des Vermitt-



**Sozialminister Blüm**  
List der Zweiteilung

lungsausschusses und gegen sein eigenes Gesetz zusammenzukriegen. Ganz aus eigener Kraft kann die SPD ihrer Sache nicht sicher sein. Die von ihr allein oder im Bund mit den Grünen geführten Landesregierungen haben lediglich 26 von 35 nötigen Stimmen.

Koalitionen unter Einschluß der FDP wie in Rheinland-Pfalz oder Brandenburg könnten anders votieren, weil die Bonner Liberalen von ihren Parteifreunden in den Ländern erwarten, daß sie bei ihrer Verweigerungsstrategie mitmachen: Lieber soll das Gesetz ganz scheitern als mit Hilfe der Sozialdemokraten leicht verändert in Kraft treten.

Da ist Blüm vor. Er hat die bayerische Staatsregierung wie auch den mit einer Großen Koalition regierenden Berliner Eberhard Diepgen mobilisiert, notfalls gegen seinen Entwurf zu stimmen.

Landet das Lohngesetz danach im Vermittlungsausschuß der beiden Parlamentskammern, will Blüm mit der SPD auch über eine andere Kompensation wieder reden – das Streichen zweier Feiertage.

Die sozialdemokratischen Länder haben dieser Idee intern schon einmal zugestimmt. Doch jetzt hat Bayerns CSU, die der katholischen Kirche traditionell näher steht als andere Regierungen, damit ein Problem. Wenn er dabei mitmache, so Sozialminister Glück, werde es im feierfreudigen Freistaat sogleich ein Volksbegehren gegen solchen Frevel geben. Die bayerische Verfassung erlaubt es, Landesgesetze durch Volkes Stimme auszuhebeln.

„Wie ein solches Begehren ausgehen würde“, meint Landeskenner Glück, „kann man sich leicht denken.“ □



## Abgaben fürs Alter

Monatliche Beitragshöhe zur Finanzierung der Pflegeversicherung

Höhe des Einkommens (Beispiele)	Gesamtbeitrag	davon 50% zu Lasten des Versicherten
1000 Mark	17,00 Mark	8,50 Mark
2000 Mark	34,00 Mark	17,00 Mark
4000 Mark	68,00 Mark	34,00 Mark
Bemessungsgrenze 5400 Mark	91,80 Mark	45,90 Mark